

Luise Klemens – Vorsitzende der Fraktion ver.di / ACA / IG-Metall

„Dem Grunde nach kann ich mich vielen Dingen anschließen, die heute bereits gesagt wurden. Darüber hinaus möchte ich meinen Fokus in diesen herausfordernden Zeiten auf die Versicherten, die Krankenkassen als Organisationen und die Beschäftigten legen. Davon, wie es der Vorsitzende Vorstandes des GKV-Spitzenverbandes ausdrückte, dass die „Hütte brennt“ sind diese Beteiligten in unterschiedlicher Weise betroffen. Wenn wir über Geld reden, stellt sich die Frage, wie es gelingt, dass man die Kosten endlich in den Griff bekommt. Das ist ja nun kein neues Thema. Ich weiß nicht, seit wie vielen Verwaltungsratssitzungen wir uns damit beschäftigen. Und wir haben Vorschläge in Richtung der Politik gemacht, ohne dass diese gleich zu Lasten unserer Versicherten gehen. Leistungseinschränkungen sind nicht das Mittel unserer Wahl. Zumindest nicht aus Sicht der Selbstverwaltung.

Und beim Blick auf die Beschäftigten: Die sind ja bereits beim Koalitionsvertrag der aktuellen Regierungskoalition in den Fokus geraten. Da ist so getan worden, als könne man die finanzielle Situation der GKV retten, indem alle Tarifverträge, die es in der Kassenlandschaft gibt, an den TVÖD angeglichen würden. Das war ja gelinde gesagt ein Stück aus dem Tollhaus. Und dass nun die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der DAK-Gesundheit verschoben wurden, weil die Finanzsituation so ist wie sie ist, ist nicht beruhigend. Hinzu kommt, und das ist auch schon an vielen Stellen deutlich geworden, dass es nicht nur um die Kosten insgesamt geht, sondern eben auch darum, wer welche Kosten zu tragen hat. Wenn man sich Papiere aus dem BDA oder von verschiedenen Verbänden aus der Ärzteschaft heraus anschaut, dann kann man sehen, dass bei diesen Gruppen jedenfalls nicht gespart werden dürfe, dass soll für andere gelten. Insofern sind wir sicherlich gemeinsam gespannt, was die Finanzkommission Ende März vorstellen wird, welche Vorschläge kurzfristig wirken sollen und was zudem noch im kommenden Herbst bzw. zum Jahreswechsel 2027 auf den Weg gebracht werden sollte und was zudem wirklich hilft.

Was es aus meiner Sicht zu verhindern gilt, ist, die Axt immer weiter an den Sozialstaat anzulegen. Es gibt eine Reihe von Wirkungen, die sich schlecht auf die Demokratie auswirken. In Bayern gab es Kommunalwahlen und man konnte dort genau sehen, wo Landräte abgewählt wurden oder deren Ergebnisse schlecht ausgefallen sind: dort wo bspw. das Thema rund um die örtlichen Krankenhäuser nicht gelöst war. Die Menschen machen sich Sorgen und nutzen die Möglichkeiten, die sie haben, und das sind bspw. die Kommunalwahlen. Und wir werden es sicherlich auch noch bei den anstehenden Landtagswahlen sehen, wo uns das alles weiter hinführt.

Ich möchte gerne erreichen, dass wir uns gemeinsam darauf fokussieren, was die Kommission an Vorschlägen unterbreitet. Der Vorstand wird anschließend, so wie er das

gestern in den Vorbesprechungen berichtet hat, zeitnah nach Ostern in Klausur gehen, um dort auch nochmals die Strategie bis zum Jahr 2030 und die Umsetzung der Kommissionsvorschläge zu beraten. Dann werden wir uns auch als Verwaltungsrat damit beschäftigen. Zunächst sicherlich im Hauptausschuss des Verwaltungsrates. Unsere Aufgabe wird es dann auch sein, zu schauen, wie ist einerseits die finanzielle Situation der DAK-Gesundheit und andererseits, was das alles für die Situation der Versicherten bedeutet. Die finanzielle Situation ist schwierig. In diesem Zusammenhang haben wir uns ja auch geradezu schon daran gewöhnt, regelmäßig Versicherte zu verlieren. Und ich glaube, das sind die Herausforderungen, das Vorhaben umzusetzen, die Rücklage wieder aufzufüllen, sehr wichtig. Hinzu kommen Kosten, die – wie dargestellt – auf uns als DAK-Gesundheit neu zukommen. Vor diesem Hintergrund wird es ein ziemlich schwieriges Jahr für die Kasse und auch für uns als Selbstverwaltung. Eigentlich hätte ich es dabei gerne, wenn die Selbstverwaltung gestärkt würde. In vielen Teilen können wir lediglich Berichte entgegennehmen und unsere Meinung sagen. Aber wen interessiert dies dann tatsächlich außerhalb unserer Krankenkasse. So haben wir z. B. kein Recht darauf, Stellungnahmen für Gesetzesänderungen zu abzugeben. Wenn wir schon immer die Situationen ausbaden müssen, wenn die „Hütte brennt“, bräuchten wir auf der anderen Seite auch mehr Rechte als Selbstverwaltung. Insofern wird es um kleinteilige Entscheidungen dieses Jahr gehen. Aber eben auch darum, dass wir gemeinsam nicht weiter zur Verunsicherung der Versicherten beitragen, was letztlich die Demokratie gefährdet.“